



MacroScope Pharma

# Frühjahrsprognose: Iran-Krieg verschärft Rezessionsrisiko – Pharma-Aussichten sind negativ

Die deutsche Wirtschaft verharrt trotz hoher staatlicher Ausgaben in der Stagnation. Unter ungünstigen Umständen könnte Deutschland auch in diesem Jahr erneut in eine Rezession rutschen. Finden der Iran-Krieg und die damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen ein schnelles Ende, bleibt es bei einem Dämpfer. Gleichzeitig bestehen die strukturellen Probleme wegen fehlender Reformen in der Industrie fort. Der Pharma-Industrie wird mit der Reformgesetzgebung das Fundament entzogen. Damit wird ein Stabilitätsanker der deutschen Wirtschaft erheblich geschwächt.

## Weltwirtschaft: ausgebremst, aber widerstandsfähig

Der erhebliche Energiepreisschub infolge des Iran-Kriegs bremst das ohnehin nur moderate Wachstum der Weltwirtschaft. Wenn sich die globale Energieversorgung in den kommenden Wochen schrittweise normalisiert, dürfte der Schock nur eine vorübergehende Wachstumsdelle verursachen und nicht in eine erneute Rezession münden.<sup>1</sup>

Mit nachlassenden Energiepreisen und einer rückläufigen Inflation normalisieren sich die Kosten der Unternehmen. Zugleich stabilisiert sich die Kaufkraft der privaten Haushalte. Die wirtschaftliche Dynamik gewinnt im weiteren Verlauf dieses Jahres wieder etwas an Fahrt. Dabei zeigt sich die Weltwirtschaft insgesamt widerstandsfähiger als bei früheren Schocks: Lieferketten sind robuster geworden und die Energieversorgung wurde – insbesondere in Europa – deutlich diversifiziert. Gleichwohl dürfte der Iran-Krieg selbst unter günstigen Rahmenbedingungen die globale Wachstumsrate um rund ein Drittelprozentpunkt mindern – auf lediglich zweieinhalb Prozent

(Tabelle 1). Anders als während der Energiekrise 2022 in Folge des Ukraine-Kriegs ist jedoch kein sprunghafter Inflationsanstieg zu erwarten: Damals erreichte die Teuerung in der Spitze mehr als zehn Prozent, während aktuell lediglich mit einem zusätzlichen Anstieg von gut einem Prozentpunkt zu rechnen ist.

Gleichzeitig wird das Wachstum durch geopolitische Spannungen, Handelshemmnisse und eine zunehmende Fragmentierung der Weltwirtschaft belastet. Die Auswirkungen der US-Zollpolitik sind spürbar, stellen bislang jedoch noch keine dominante Wachstumsbremse dar. Sie äußern sich vor allem in erhöhter Unsicherheit, Handelsumlenkungen und schwankender Produktion im verarbeitenden Gewerbe, ohne den Welthandel insgesamt deutlich einbrechen zu lassen. Unternehmen reagieren zunehmend mit Anpassungen ihrer Lieferketten und Produktionsstandorte. Dies dämpft kurzfristig die negativen Effekte, geht jedoch langfristig mit Effizienzverlusten und einer weiteren Fragmentierung einher. Eine Fortsetzung der Handelskonflikte würde das ohnehin moderate Wachstum zusätzlich belasten. Zudem besteht das Risiko, dass die dämpfenden Effekte der US-Handelspolitik mit

**Tabelle 1: Wachstumsraten und Inflation in ausgewählten Weltregionen**  
in Prozent, Prognose hervorgehoben

	Realer Zuwachs			Inflation		
	2025	2026	2027	2025	2026	2027
Welthandel	4,4	1,2	2,0			
Weltwirtschaft						
anteils gewichtet <sup>1</sup> („Welt-BIP“)	2,8	2,5	2,5			
export gewichtet <sup>2</sup>	2,0	1,7	1,8			
China	4,9	4,5	4,4			
USA	2,2	2,3	1,9	2,7	3,0	2,3
Euroraum ohne Deutschland	1,9	1,2	1,3	2,1	2,7	2,3
Deutschland <sup>3</sup>	0,2	0,7	1,0	2,2	2,8	2,9
zum Vergleich:						
deutsche Warenexporte	-1,0	0,3	1,4			

Quelle: Gemeinschaftsdiagnose, vfa (Zahlen für Deutschland).

<sup>1</sup> Wachstumsraten von EU-27, UK, Schweiz, Norwegen, Russland, Türkei, USA, Kanada, Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile, Japan, China ohne Hongkong, Südkorea, Indien, Indonesien, Taiwan, Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong; mit ihren BIP-Anteilen (an der Summe) gewichtet

<sup>2</sup> Wachstumsraten dieser Länder mit den Anteilen der deutschen Wareneinfuhren in diese Länder gewichtet.

<sup>3</sup> Wachstumsraten für Deutschland basieren (wie üblich) auf Ursprungswerten, während die übrigen (ebenfalls üblichen Konventionen folgend) um Kalendereffekte bereinigt sind.

<sup>1</sup> Vgl. Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2026): „Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen“, [online verfügbar](#).

Verzögerung stärker zum Tragen kommen. Das träge das exportorientierte Geschäftsmodell Deutschlands besonders empfindlich.

Unabhängig davon haben die globalen Auftriebskräfte an Dynamik verloren. Auch die Wirtschaft im Euroraum entwickelt sich verhalten: Industrie und Investitionen bleiben nicht zuletzt wegen der geopolitischen Unsicherheit schwach, während der private Konsum etwas an Bedeutung gewinnt. Der jüngste Energiepreisanstieg bremst kurzfristig, da er die Kaufkraft der Haushalte schmälert. Mit wieder sinkenden Energiepreisen dürften jedoch steigende Realeinkommen den Konsum stützen. Insgesamt stabilisiert sich damit zwar die Nachfrage im Euroraum, dem wichtigsten Absatzmarkt Deutschlands, doch profitieren die stark auf Investitionsgüter ausgerichteten deutschen Exporte hiervon nur begrenzt.

Hinzu kommt, dass Chinas expansive Industriepolitik deutsche Anbieter auf wichtigen Märkten zunehmend verdrängt. Chinesische Unternehmen haben nicht zuletzt wegen umfangreicher staatlicher Unterstützung technologisch aufgeholt und bieten ihre Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen an. Verstärkt wird dieser Effekt dadurch, dass wegen hoher US-Zölle ursprünglich für den amerikanischen Markt bestimmte Waren verstärkt in andere Regionen umgeleitet werden. Die Weltwirtschaft liefert der deutschen Exportwirtschaft damit nur geringe Impulse.

Schließlich ist auch unabhängig vom Iran-Krieg ein erhöhter Inflationsdruck angelegt. Die fortschreitende Deglobalisierung führt zu Effizienzverlusten der Wertschöpfungsketten und steigenden Kosten. Gleichzeitig konkurrieren steigende Rüstungsausgaben zunehmend mit der Produktion von Konsumgütern.

### Deutsche Wirtschaft: Bisher nur lebenserhaltende Maßnahmen

Die deutsche Wirtschaft kommt weiterhin kaum vom Fleck. Bereits vor Ausbruch des Iran-Krieges gab es nur verhaltene Signale für einen Aufschwung. Insbesondere die Industrie blieb – abgesehen von staatlich getriebenen Rüstungsaufträgen und Infrastrukturausgaben – in einer anhaltend schwachen Verfassung. Die Auftragslage hatte sich auf niedrigem Niveau stabilisiert, ohne echte Dynamik zu entfalten. Mit dem Iran-Krieg haben sich die kurzfristigen Aussichten nun erneut eingetrübt: Ein spürbarer Kostenschub belastet die Unternehmen, zugleich steigt das Risiko temporärer Materialengpässe. In der Folge dürfte das **Bruttoinlandsprodukt** im zweiten Quartal dieses Jahres leicht zurückgeworfen werden. Für das Gesamtjahr ergibt sich lediglich ein schwaches Plus von 0,7 Prozent (Abbildung 1, Tabelle 2), wobei ein großer Teil dieses Zuwachses der Tatsache zu verdanken ist, dass besonders viele Feiertage auf Wochenenden fallen<sup>2</sup>.

Zentraler Hemmschuh bleibt die Industrierezession, die sich in anhaltend schwachen **Exporten** niederschlägt. Zwar konnten die Warenausfuhren zu Jahresbeginn kurzfristig zulegen und das niedrige Niveau des Schlussquartals 2025 überwinden, aber mit dem Iran-Krieg zeichnet sich eine erneute Abschwächung ab. So sind die ifo-Exporterwartungen im verarbeitenden Gewerbe im März deutlich eingebrochen. Steigende Energie- und Vorleistungskosten machen die Produktion vielerorts vorübergehend unrentabel, während die Weitergabe dieser Kosten die Nachfrage dämpft. Da der Kostenschock jedoch global wirkt, ergibt sich daraus kein gravierender Wettbewerbsnachteil. Dennoch bleibt die Dynamik der Exporte schwach: Dieses Jahr können sie gerade das niedrige Niveau vom vergangenen Jahr halten. Selbst 2027 dürften die Ausfuhren kaum über dem mittleren Niveau der Vorjahre liegen. Der Zuwachs bleibt mit rund anderthalb Prozent erneut hinter der Expansion von Welthandel und Weltwirtschaft zurück.

**Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für Deutschland<sup>1</sup>**  
Prognose hervorgehoben

	2025	2026	2027
Inflation	2,2	2,8	2,9
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,7	1,0
Konsum (öffentlich + privat)	1,5	1,2	1,1
Investitionen	-0,2	1,0	3,0
Exporte	-0,4	0,0	1,3
Außenbeitrag	-1,5	-0,5	-0,4
Erwerbstätige	45.982	45.882	45.924
Arbeitslosenquote	6,3	6,4	6,2

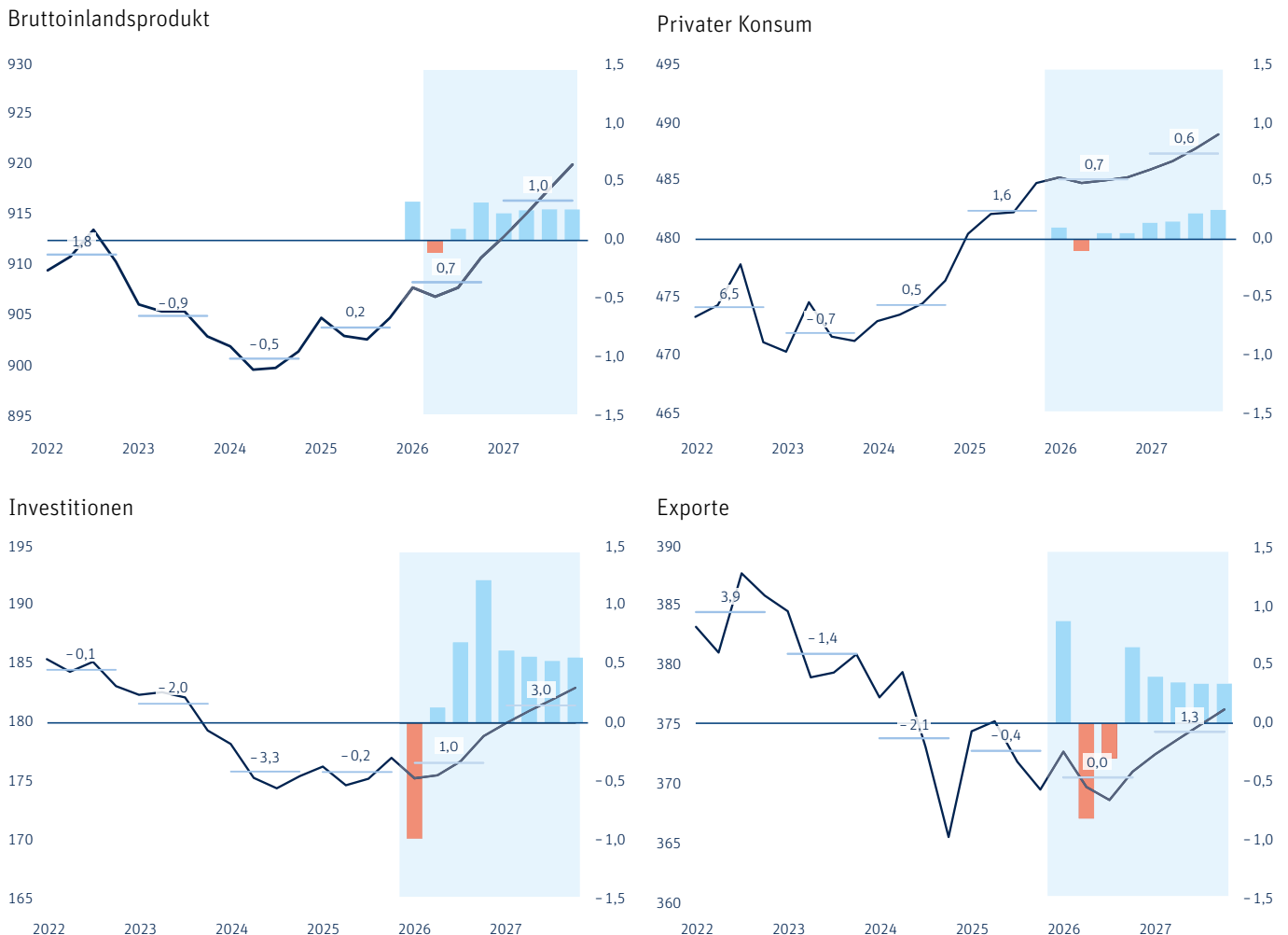
Quelle: Gemeinschaftsdiagnose, Statistisches Bundesamt, vfa

<sup>1</sup> Inflation, Bruttoinlandsprodukt/Konsum/(Anlage-)Investitionen/Exporte: Änderung gegen Vorjahr in Prozent; Außenbeitrag: Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten; Erwerbstätige: Änderung gegen Vorjahr (1.000 Personen); Arbeitslosenquote: Anteil Arbeitsloser (gemäß Bundesagentur) an zivilen Erwerbspersonen in Prozent

<sup>2</sup> Wird, wie international üblich, berücksichtigt, dass dieses Jahr einen vollen Arbeitstag mehr hat als das vergangene, ergibt sich sogar nur ein Plus von 0,5 Prozent.

### Abbildung 1: Deutsches Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Linie: Preis-, saison- und arbeitstägig bereinigte Quartalswerte in Milliarden Euro (linke Skala); waagerechte Linien: Jahresdurchschnitte, Zahlen darüber: Jahresrate (Ursprungswerte); Balken (erst ab 1. Quartal 2026 dargestellt): Vierteljahresraten (blau: positiv, rot: negativ – rechte Skala). Raten in Prozent. Prognose hervorgehoben.



Quelle: Statistisches Bundesamt, vfa

Die monatlichen Zahlen zu den **Importen** signalisieren einen Rückgang im ersten Quartal. Angesichts steigender Rohstoffpreise dürfte die Importnachfrage zunächst gedämpft bleiben, auch wenn sie aufgrund der geringen Substituierbarkeit von Energieträgern vergleichsweise wenig reagiert. Infolge stark gestiegener Importpreise, die nur teilweise weitergegeben werden können, schrumpft der nominale Handelsüberschuss deutlich. Nach einem bereits niedrigen Wert von knapp zweieinhalb Prozent im Verhältnis zum nominalen im vergangenen Jahr dürfte er in diesem Jahr nochmals um rund einen Prozentpunkt zurückgehen und dort in etwa verharren.

Die **Investitionen** bleiben zunächst schwach. Zwar haben einzelne öffentliche Großaufträge im Rüstungsbereich zuletzt Impulse gesetzt, doch die private Investitionsdynamik bleibt verhalten. Erst im späteren Jahresverlauf dürften staatliche Impulse stärker durchschlagen und insbesondere im Jahr 2027 darüber hinaus private Investitionen anregen, etwa im Bereich Rüstung und deren Zulieferindustrien. Während die Ausrüstungsinvestitionen davon profitieren, dürften die Bauinvestitionen ihre mehrjährige Abwärtsbewegung erst in diesem Jahr stoppen und im kommenden Jahr moderat zulegen. Eine wichtige Stütze bleiben die sonstigen Investitionen, zu denen insbesondere Aufwendungen für Forschung und Entwicklung zählen. Sie haben zuletzt mit einem

Plus von knapp vier Prozent überdurchschnittlich zulegen und dürften auch künftig überdurchschnittlich wachsen. Allerdings nehmen die Risiken zu: Die geopolitische Entwicklung, allen voran die Maßnahmen der US-Regierung, dürften insbesondere die Budgets forschungsintensiver Industrien unter Druck setzen.

Erholt hat sich im vergangenen Jahr der private **Konsum**, der bis zum Jahresende kräftig zulegen. Neben steigenden Realeinkommen stützte auch das Abschmelzen der Ersparnisse die Nachfrage. Der Iran-Krieg dürfte diesen Aufwärtstrend zunächst unterbrechen. Mit der erwarteten Normalisierung der Inflation und einem allmählich wieder anziehenden Beschäftigungsaufbau dürfte der private Konsum im weiteren Jahresverlauf jedoch wieder an Dynamik gewinnen.

### Industrie: Anhaltende Probleme durch Iran-Krieg verschärft

Die **energieintensiven Industriezweige** konnten zuletzt zwar zulegen, dies ist jedoch maßgeblich auf die Raffinerien<sup>3</sup> zurückzuführen. Vor dem Hintergrund der jüngsten Energiepreisschübe infolge des Iran-Konflikts ist bei den energieintensiven Industrien insgesamt aber mit Rückgängen zu rechnen. Zwar entspannen sich die Energiepreise im weiteren Jahresverlauf annahmegemäß, eine nachhaltige Erholung bei den energieintensiven Branchen zeichnet sich jedoch vorerst nicht ab. Vielmehr ist von einer Stabilisierung auf niedrigem Niveau auszugehen (Abbildung 2, links unten). Im späteren Jahresverlauf dürfte dann stärker durchschlagen, dass Unternehmen, direkt oder als Zulieferer, von staatlichen Rüstungsaufträgen profitieren – etwa in der Metallindustrie.

**Zinsreagible Branchen** wie der Maschinenbau werden ebenfalls belastet, allerdings weniger durch direkte Energieeffekte als durch steigende Zinsen und erhöhte Unsicherheit. Höhere Kosten für Vorleistungen und Fracht sowie vereinzelt Lieferprobleme verstärken die Entwicklung zusätzlich. Hinzu kommt die Konkurrenz durch subventionierte chinesische Hersteller, die qualitativ aufgeholt haben und deutsche Anbieter auf den Weltmärkten unter Druck setzen.<sup>4</sup>

Dies wird durch die rigide US-Zollpolitik verschärft. Im späteren Verlauf dieses Jahres dürften diese Branchen aber Fahrt aufnehmen (Abbildung 2, rechts oben), nicht zuletzt, weil die staatlichen Impulse Investitionen ankurbeln und sich – eine Entspannung im Iran-Krieg vorausgesetzt – die Unsicherheit legt.

Die **Automobilindustrie** hat sich zuletzt etwas gefangen, konnte das Niveau des Schlussquartals 2025 jedoch trotz Zuwächsen zu Jahresbeginn nicht halten. Der Beschäftigungsabbau setzt sich fort, hat sich aber deutlich verlangsamt: Seit dem Höchststand von rund 840.000 Beschäftigten im Jahr 2018 wurden etwa 125.000 Stellen abgebaut, etwa hälftig während der Corona-Jahre sowie seit Mitte 2024. Jüngst fielen die Rückgänge nicht mehr so deutlich aus und gleichzeitig geht die Kurzarbeit spürbar zurück<sup>5</sup>, so dass sich der Abwärtstrend bei Beschäftigung und auch bei der Produktion entsprechend abschwächen dürfte (Abbildung 2, rechts unten).

Insgesamt kommt die **Industrie** kaum in Fahrt. Umstrukturierungen in der Automobilbranche und der Wandel in den energieintensiven Industrien halten an, Branchen wie der Maschinenbau sehen sich aggressiven Konkurrenten gegenüber und die US-Handelshemmnisse belasten spürbar. Positive Impulse gehen vor allem von den Staatsausgaben für die Rüstungsindustrie und ihre Zulieferer aus, während der Iran-Konflikt (bestenfalls nur) das Sommerhalbjahr 2026 zusätzlich belastet.

Nachdem sich zumindest diese Belastung aufgelöst hat, ist für die darauffolgenden Quartale lediglich mit einer verhaltenen Ausweitung der Industrieproduktion zu rechnen (Abbildung 2, links oben). Nachdem die Produktion dieses Jahr zum vierten Mal sinken dürfte, ist für das Jahr 2027 ein Plus von einem Prozent zu erwarten (vgl. auch die Tabelle 3). Die Wertschöpfung entwickelt sich dabei besser als die physische Produktion, da Dienstleistungsanteile – allen voran Forschung und Entwicklung – zunehmen<sup>6</sup> (vgl. in Tabelle 2 die Reihen von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung).

<sup>3</sup> Im Wirtschaftszweig 19 lag die Produktion nach zwei knapp zweistelligen Zuwächsen im Durchschnitt von Januar und Februar 22,3 Prozent über dem Niveau des Schlussquartals 2025, die übrigen vier energieintensiven Branchen zusammen liegen dagegen noch 0,7 Prozent darunter.

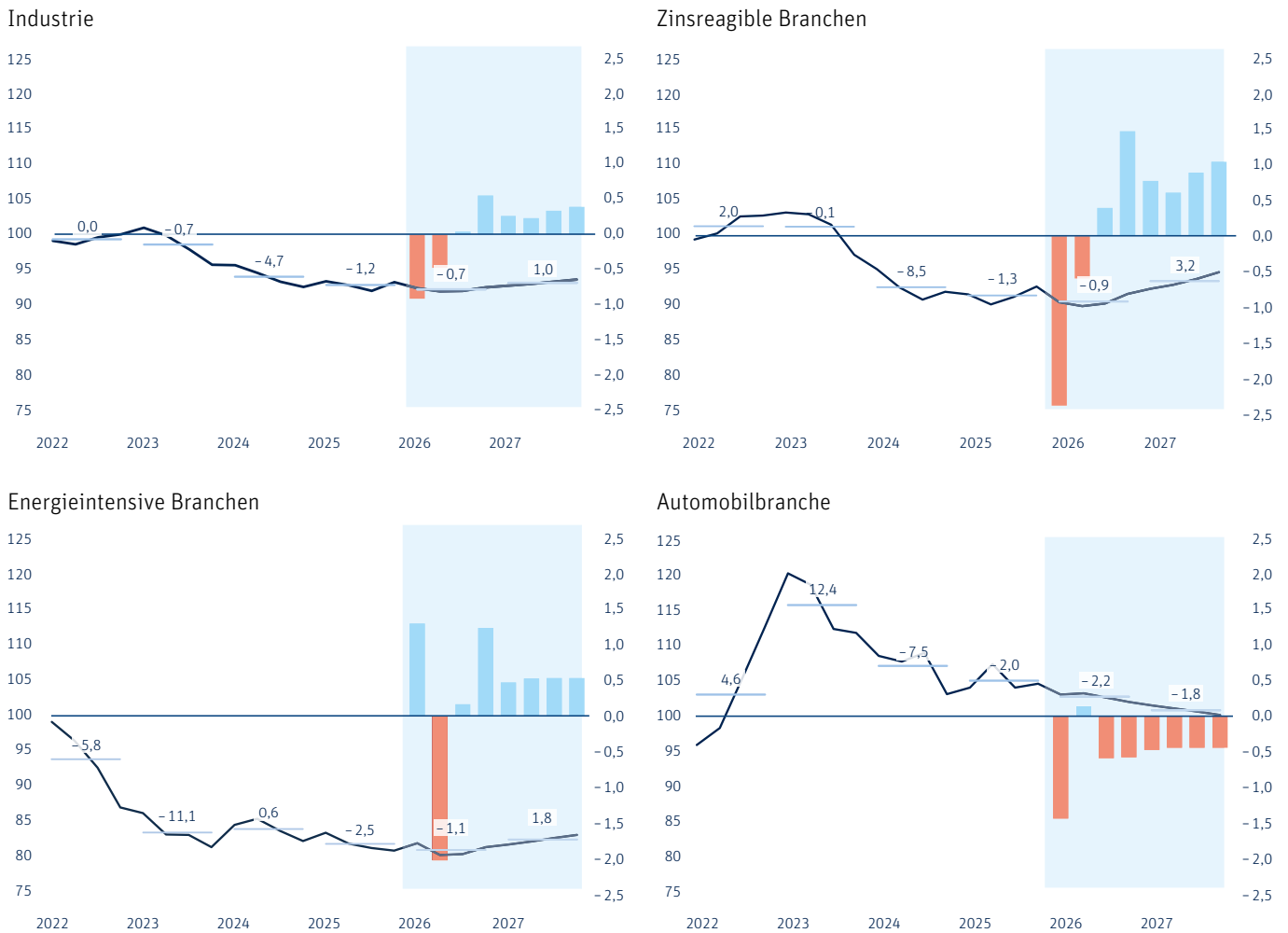
<sup>4</sup> Michelsen, C. und Junker, S. (2025). Exportmärkte: China und die europäischen Nachbarn machen Deutschland Konkurrenz, MacroScope Pharma, Economic Policy Brief des vfa Nr. 08/25, [online verfügbar](#).

<sup>5</sup> Von durchschnittlich 6600 Beschäftigten im Jahr 2024 auf 2700 im Jahr 2025 und zuletzt nur noch rund 1.000.

<sup>6</sup> Michelsen, C. und Junker, S. (2025). Digitalisierung der Wertschöpfung: Die Industrie wird immer mehr zum Dienstleister, MacroScope Pharma, Economic Policy Brief des vfa Nr. 07/25, [online verfügbar](#).

## Abbildung 2: Produktion in der Industrie und ausgewählten Branchen

preisbereinigter Index, 2021 = 100, (linke Skala); waagerechte Linien: Jahresdurchschnitte, Zahlen darüber: Jahresrate; Balken (erst ab 1. Quartal 2026 dargestellt): Vierteljahresraten (blau: positiv, rot: negativ – rechte Skala). Prognose hervorgehoben.



Quelle: MacroBond, Statistisches Bundesamt, vfa

### Pharma: Politik hemmt Aufwärtstrend

Der Kabinettsbeschluss zum **GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz** setzt aus Standortperspektive deutliche **Fehlanreize**. Die Maßnahmen machen die Markteinführung neuer Arzneimittel in Deutschland deutlich unattraktiver, lenken Investitionen zunehmend in andere Regionen um und führen zu Steuer ausfällen, die die geplante Finanzwirkung konterkarieren (vgl. Box auf Seite 7).

Konkret beziffern lassen sich diese Effekte erst, wenn der Beschluss den Gesetzgebungsprozess durch-

laufen hat. Die vorliegende Prognose klammert die Reform daher aus, zumal sie weniger unmittelbar durchschlagen dürfte, sondern über die Zeit mehr und mehr belastet. Indes geben die Erfahrungen aus der Zeit nach der AMNOG-Einführung im Jahr 2011 klare Signale, wie etwa die Investitionen belastet würden. Zu bedenken ist, dass die aktuell beschlossenen Maßnahmen stärker in die Preisgestaltung einzugreifen drohen<sup>7</sup> als damals – und schon deswegen die Auswirkungen künftig gravierender ausfallen dürften. Erschwerend kommt hinzu, dass die – auf die Finanzierung des heimischen Gesundheitssystems ausgerichtete – Gesetzgebung erhebliche Außen-

Fortsetzung Seite 8

<sup>7</sup> So legen vorläufige Berechnungen nahe, dass die Dynamisierung des Herstellerabschlags in den kommenden Jahren zu weitaus höheren Zwangsrabatten führt als der damalige Eingriff – der Abschlag im Jahr 2011 wurde einmalig auf 16 Prozent erhöht.

### Box: Risiken des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes

Das Bundeskabinett hat den Entwurf für ein GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz gebilligt. Darin enthalten sind Maßnahmen, die erhebliche Einschnitte für die Geschäftstätigkeit pharmazeutischer Unternehmen bedeuten. Diese wirken sich negativ auf die Unternehmensbilanzen aus, schwächen hochinnovative sowie risikoreiche Forschung und können sich in erheblichem Maße negativ auf dringend benötigte Investitionen auswirken. Dies trifft die Branche nicht in Isolation, sondern wirkt sich gesamtwirtschaftlich negativ aus. Vor allem mit dem dynamisierten Herstellerabschlag nach § 130a Abs. 1b SGB V wird ein Mechanismus geschaffen, dessen Konstruktion strukturelle Fehlanreize erzeugt, die weit über den unmittelbaren Liquiditätsentzug hinausgehen – und der gesamtwirtschaftlich mehr kostet als er der GKV einbringt.

**Entwertung der eigenen Exporte.** Der ökonomisch gravierendste Effekt liegt im internationalen Transmissionskanal. Deutschland ist einer der meistgenutzten Referenzmärkte weltweit. Ein niedrigerer effektiver Nettopreis in Deutschland zieht über automatische Referenzierungsmechanismen Preissenkungen in mehr als 30 Ländern nach sich. Besonders folgenreich ist der Kanal in die USA: Dort wird künftig auf europäische Referenzpreise als Verhandlungsgrundlage abgestellt. Bei einem Produkt mit 200 Mio. Euro GKV-Umsatz und 1,5 Mrd. Euro US-Umsatz bedeutet ein zusätzlicher Abschlag von zehn Prozent in Deutschland einen direkten Liquiditätsentzug von 20 Millionen Euro für das Unternehmen. Wird diese Preisänderung auch nur zur Hälfte auf den US-Markt übertragen, entstehen allein in den Vereinigten Staaten Erlösminderungen von 75 Mio. Euro. Dies ist eine Eins-zu-eins-Entwertung deutscher Exporte. Für Unternehmen, die in Deutschland produzieren und weltweit vermarkten, ist der Abschlag damit eine implizite Exportsteuer, deren Einnahmen nicht dem deutschen Fiskus, sondern den Gesundheitssystemen anderer Staaten zufließen. Die GKV-Einsparung wird so durch Exporterlösminderungen, Steuerausfälle und den Rückgang von Wertschöpfung in vor- und nachgelagerten Branchen überkompensiert. Im schlechtesten

Fall wäre es aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht mehr rentabel, das Produkt auf dem deutschen Markt zu vertreiben.

**Ein Abschlag, der in der Rezession am stärksten zuschlägt.** Der Abschlag wird jährlich als Verhältnis von Ausgabenüberschuss zu Gesamtmarkt-Umsatz berechnet. Beide Größen sind von den Herstellern weder beeinflussbar noch belastbar prognostizierbar. Er ist strukturell nicht gedeckelt und trifft alle Hersteller unabhängig von ihrem Beitrag zur Ausgabendynamik. Eine Geschäftsplanung und damit die Investitionstätigkeit ist so kaum mehr möglich. Vor allem ist er prozyklisch: Wenn die Grundlohnrate in einer Abschwungphase sinkt, wächst der Abschlag automatisch. Diese Prognose geht von einem Wachstum von nur 0,7 Prozent aus, eine Rezession ist nicht ausgeschlossen. Genau dann würde der Abschlag automatisch ansteigen, die Investitionsfähigkeit der Branche weiter schwächen und die Exporte zusätzlich entwerten.

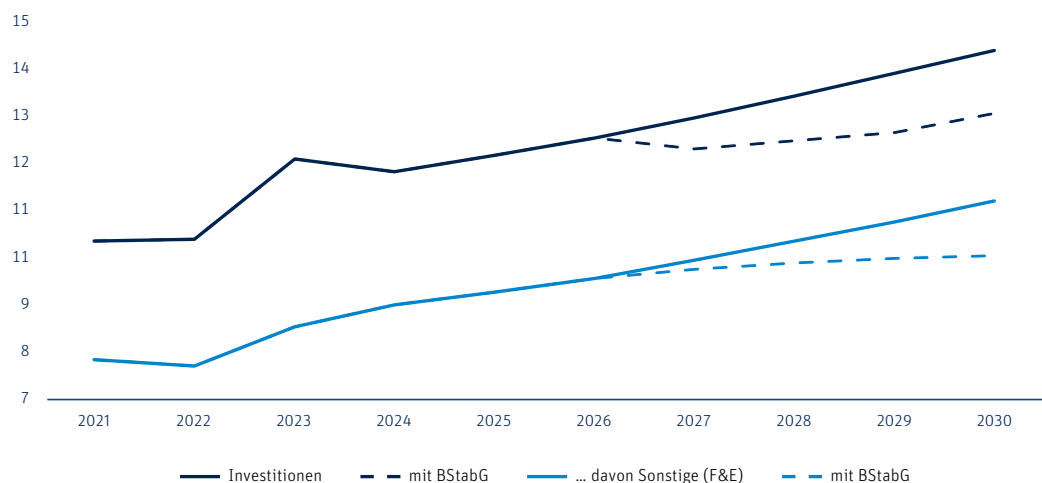
**Selektionseffekt gegen Innovation.** Der Abschlag trifft ATMP, Orphan Drugs und Einmalanwendungen am härtesten, obwohl diese kaum zur Ausgabendynamik des Gesamtmarkts beitragen, die den Abschlag auslöst. Je zielgenauer und individualisierter ein Arzneimittel wirkt, desto stärker wird es belastet. Das ist mit der in der Hightech-Agenda formulierten Zielsetzung, Deutschland als ATMP-Standort zu positionieren, strukturell unvereinbar und lenkt Kapital weg von echten Sprunginnovationen hin zu risikoärmeren, volumenstarken Indikationen. Damit werden andere wichtige Projekte – beispielsweise die Ziele der Hightech-Agenda – systematisch konterkariert.

**Vertrauensverlust als Standortrisiko.** Die Pharmastrategie der Bundesregierung von 2024 sah vor, den Herstellerabschlag ausdrücklich bei sieben Prozent zu stabilisieren. Im Vertrauen auf diese Zusage wurden Investitionen in erheblichem Umfang getätigt. Dass diese Zusage nun gebrochen wird, ist nicht nur eine Belastung für die Pharmaindustrie, es beschädigt das Vertrauen in den Standort Deutschland weit darüber hinaus. Die vorliegende Prognose ist daher als optimistisches Szenario zu verstehen, da sie die Wirkun-

gen des BStabG nicht einbezieht. Ab 2027 ist mit Beschluss des Gesetzes mit einer spürbaren Dämpfung der Investitionstätigkeit, schwachen Beschäftigungszahlen und sinkenden Exporterlösen zu rechnen, die sich in den Folgejahren immer mehr zeigen. Dies wird kein abrupter Prozess, sondern eine stille Verlagerung von Neuinvestitionen an andere Standorte. Legt man die dämpfenden Effekte der AMNOG-Einführung 2011 zugrun-

de<sup>8</sup> – die im Vergleich verhalten gewesen sein dürften – so ist von einer merklichen Einschränkung der physischen Investitionen in Deutschland auszugehen. Und auch bei den F&E-Aufwendungen dürften sich analog Rücksetzer ergeben. Zusammengefasst münden diese Einbußen schnell in einer Größenordnung von gut vier Milliarden Euro – die dem Innovationsstandort Deutschland künftig entgehen (Abbildung Box).

**Abbildung Box: Pharmainvestitionen in Deutschland**  
in Milliarden Euro



Quelle: Destatis, Stifterverband, vfa

Fortsetzung von Seite 6

wirkung entfaltet: Gerade die von der US-Regierung eingeleitete Preisbindung an europäische Referenzmärkte dürfte spürbare Anpassungen bei Produktion und Exporten nach sich ziehen. Damit stellt diese Prognose ein optimistisches Szenario dar, wie sich die Branche ohne den Gegenwind seitens der heimischen Politik entfalten würde.

Die Gesetzesvorschläge dürften das **Vertrauen**, das in den vergangenen Jahren gemeinsam aufgebaut wurde und Voraussetzung für **Investitionen** ist, erheblich beschädigen. Die Investitionen in den Standort

Deutschland hatten sich in den vergangenen Jahren vergleichsweise robust entwickelt – wenngleich die physischen Investitionen im Jahr 2024<sup>9</sup> das Rekordniveau des Vorjahres nicht mehr erreichen konnten. Die sonstigen Investitionen, die für die Pharmaindustrie in Deutschland aufgrund des hohen Stellenwerts von Forschung und Entwicklung besonders wichtig sind, blieben bis zuletzt aufwärtsgerichtet. Gleichwohl zeigt sich zunehmend eine Verlangsamung: die internen F&E-Aktivitäten blieben hinter den ursprünglich geplanten Aufwendungen zurück.<sup>10</sup>

<sup>8</sup> Michelsen, C. und Junker, S. (2022). Geringe Investitionen belasten Deutschlands Wachstum, MacroScope Pharma, Economic Policy Brief des vfa Nr. 06/22, [online verfügbar](#).

<sup>9</sup> Bislang liegen zu den Investitionen nur amtliche Zahlen bis 2023 vor. Informationen aus Sekundärstatistiken gibt es aber zumindest für 2024 und aus Umfragen bis Frühjahr 2026.

<sup>10</sup> Vgl. hierzu die jüngst erschienenen Zahlen des Stifterverbandes, die Aufwendungen für das Jahr 2024 und geplante Größen für 2025 enthalten; letztere signalisieren bislang weitere Zuwächse. [Online verfügbar](#).

**Tabelle 3: Entwicklung der deutschen Wirtschaft**

Änderung zur Vorperiode in Prozent; Quartale: preis-, saison- und kalenderbereinigt; Jahre: preisbereinigt<sup>1</sup>, Industrieproduktion: preis- und kalenderbereinigt. Prognose hervorgehoben

Quartal	2025				2026				2027				2025	2026	2027
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV			
Konsum	0,4	0,3	0,2	0,7	0,2	0,1	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	1,5	1,2	1,1
Investitionen	0,5	-0,9	0,3	1,0	-1,0	0,1	0,7	1,2	0,6	0,6	0,5	0,6	-0,2	1,0	3,0
Exporte	2,5	0,2	-0,9	-0,6	0,9	-0,8	-0,3	0,6	0,4	0,4	0,3	0,3	-0,4	0,0	1,3
Importe	1,5	1,4	1,0	-0,3	0,0	-0,2	0,3	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	3,6	1,3	2,4
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>0,4</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,0</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>	<b>0,7</b>	<b>1,0</b>
<b>Bruttowertschöpfung</b>	<b>0,6</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,1</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>0,1</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>
Bauwirtschaft	1,4	-2,2	-0,8	1,7	-0,1	0,5	0,5	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	-2,9	1,6	1,7
Energie-/Wasserversorgung	-0,3	0,3	0,7	1,5	3,0	-0,8	0,0	0,4	0,0	0,2	0,2	0,2	0,6	4,2	0,4
Verarbeitendes Gewerbe	1,6	-0,3	-0,9	0,0	-0,5	-0,6	0,1	0,7	0,2	0,2	0,4	0,4	-1,0	-0,6	1,4
<b>Industrieproduktion</b>	<b>0,9</b>	<b>-0,6</b>	<b>-0,9</b>	<b>-1,3</b>	<b>-0,9</b>	<b>-2,1</b>	<b>0,0</b>	<b>0,6</b>	<b>0,3</b>	<b>0,2</b>	<b>0,3</b>	<b>0,4</b>	<b>-1,2</b>	<b>-0,7</b>	<b>1,0</b>
energieintensive Branchen <sup>2</sup>	1,4	-1,9	-0,8	-0,5	1,3	-2,1	0,2	1,3	0,5	0,5	0,5	0,5	-2,5	-1,1	1,8
zinsreagible Branchen <sup>3</sup>	-0,4	-1,6	1,2	1,7	-2,4	-0,6	0,4	1,5	0,8	0,6	0,9	1,1	-1,3	-0,9	3,2
Pharmaindustrie	9,6	-5,6	0,3	7,2	-7,4	3,6	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	4,6	-0,7	2,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, vfa

<sup>1</sup> Jahresraten sind in Ursprungswerten angegeben, darin schlagen sich unterschiedliche Zahlen an Arbeitstagen nieder – wird dafür korrigiert („Kalenderbereinigung“: So fallen etwa 2026 2,4 Arbeitstage mehr an als 2025)

<sup>2</sup> energieintensive Branchen: Wirtschaftszweige 17, 19, 20, 23 und 24

<sup>3</sup> Hier werden die Wirtschaftszweige 26, 27 und 28 zu den (besonders) zinsreagiblen Branchen gezählt.

**Tabelle 4: Pharmaprognose 2026/27 im Überblick**

Änderung gegenüber Vorjahr; Investitionen, Umsatz, Produktion: real, in Prozent. Prognose hervorgehoben

Pharma	2025	2026	2027
Beschäftigung	129.740	130.100	130.800
absolut	464	360	700
prozentual	0,4	0,3	0,5
Investitionen	3,0	3,0	3,5
Umsatz	5,6	-1,0	1,7
im Inland	6,3	2,6	0,6
im Ausland	5,3	-2,6	2,3
Produktion	4,6	-0,7	2,9
<i>zum Vergleich:</i>			
Industrieproduktion	-1,2	-0,7	1,0

Quelle: Statistisches Bundesamt, vfa

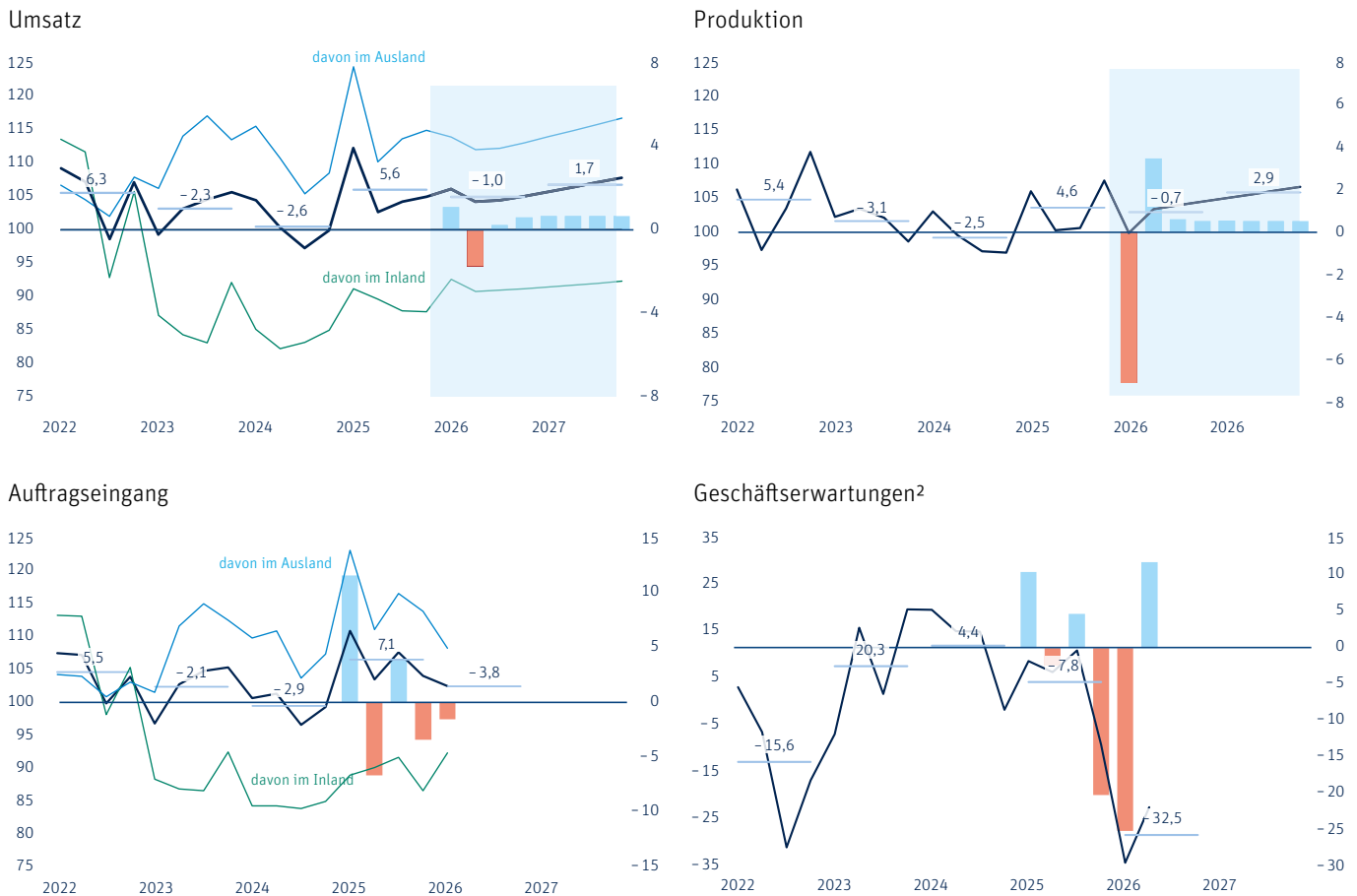
Im Jahresverlauf 2025 hat sich das Investitionsklima jedoch abgekühlt<sup>11</sup>, wenn auch von einem hohen Niveau aus. Anfang 2026 haben sie sich erholt, das Niveau bleibt jedoch unter dem des Vorjahres. Dies dürfte sich fortsetzen: Der jüngste Kostenschub infolge des Iran-Konflikts führt zu einer spürbaren Margenkompression. Steigende Preise und mögliche Engpässe bei Vorleistungen – insbesondere aus der chemischen Industrie – belasten die Produktion unmittelbar. Da die regulierte Preisbildung eine Weitergabe dieser Kosten nicht zulässt, werden die Cash-flows geschmälert. Die Erfahrung aus der Energiekrise 2022/23 zeigt, dass solche Belastungen auch zulasten der Budgets für künftige Forschungsprojekte gehen.

Verstärkt wird dieser Effekt durch einen zunehmenden internationalen Druck: Die US-Handelspolitik zielt darauf ab, Investitionen in die USA zu lenken und die Preisbildung international zu harmonisie-

<sup>11</sup> Die DIHK-Investitionsabsichten der Pharmaunternehmen lagen im Frühjahr 2026 bei 16 Punkten, im Vergleich zu 21 Punkten im Mittel des vergangenen Jahres und zu – 13 Punkten aktuell in der Industrie; vgl. auch die MacroScope Facts in: Michelsen, C. und Junker, S. (2025). Wagniskapital: Deutschland muss die Lücke zu den USA schließen, MacroScope Pharma, Economic Policy Brief des vfa Nr. 11/25, [online verfügbar](#).

### Abbildung 3: Umsatz, Produktion, Auftragseingang<sup>1</sup> und ifo-Geschäftserwartungen<sup>2</sup> der Pharmaindustrie

Quartale; Linien (linke Skala): bei Umsatz, Produktion und Auftragseingang: preisbereinigter Index (2021 = 100), bei den Geschäftserwartungen: Saldo der Anteile positiver und negativer Umfrageantworten; waagerechte Linien: Jahresdurchschnitte, Zahlen darüber: Jahresrate (bzw. -differenz bei den Erwartungen); Balken (rechte Skala, erst ab 1. Quartal 2026 dargestellt): Vierteljahresraten (bzw. -differenz bei den Erwartungen, blau: positiv/rot: negativ). Prognose von Umsatz und Produktion hervorgehoben



Quelle: MacroBond, Statistisches Bundesamt, ifo, vfa

<sup>1</sup> Werte für das 1. Quartal 2026 basieren auf dem Durchschnitt von Januar und Februar

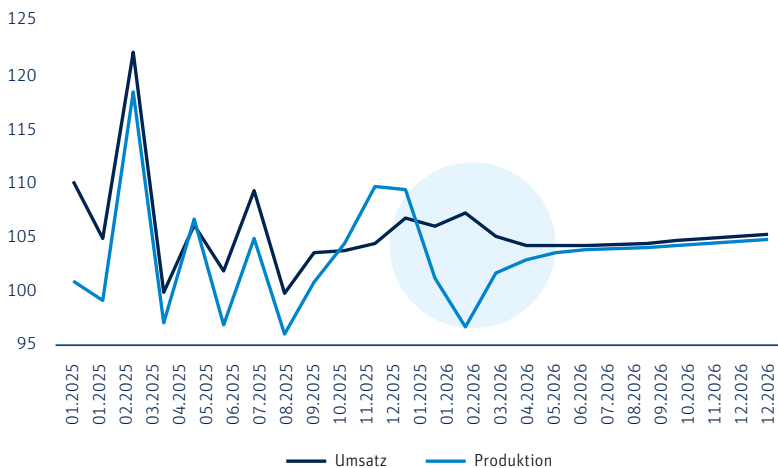
<sup>2</sup> Wert für das 2. Quartal 2026: April-Wert (für Mai und Juni fortgeschrieben, „Überhang“), Werte für 2026 basiert auf dem Mittel der ersten vier Monate.

ren, was die globalen Finanzierungsstrukturen der Forschung zusätzlich unter Druck setzt. Parallel dazu hat sich die Geschäftserwartung der Unternehmen deutlich eingetrübt, was auf eine weiter nachlassende Investitionsdynamik hindeutet. Vor diesem Hintergrund ist für das laufende wie auch für das kommende Jahr mit einer weiteren Abschwächung zu rechnen. Insgesamt dürften sich die Investitionen – trotz weiterhin solider Entwicklung im F&E-Bereich – schwächer entwickeln als bislang, da steigende Kosten, regulatorische Belastungen und wachsende Unsicherheit die finanziellen Spielräume zunehmend einengen. Mit Blick auf die Preissteigerungen bei den Investitionsarten ergeben sich in realer Abgrenzung nur noch moderate Zuwächse.

Die konjunkturelle Entwicklung der deutschen Pharmaindustrie wurde in den vergangenen zwölf Monaten maßgeblich von der **US-Zollpolitik** geprägt. Dabei fungieren Zölle weniger als klassisches Handelshemmnis, sondern vielmehr als strategisches Instrument, mit dem die USA gezielt Investitionen im Inland sowie Preiszugeständnisse auf ihrem Markt durchsetzen wollen. Bereits mit den ersten Zollankündigungen reagierten viele Unternehmen, indem sie Lieferungen in die USA vorzogen und ihre Lagerbestände ausbauten, um den absehbaren Belastungen zuvorzukommen.

Zusätzliche Dynamik erhält diese Entwicklung durch die im April 2026 beschlossenen Maßnahmen der US-Regierung zur Einschränkung von Pharmaimporten.

**Abbildung 4: Produktion und Umsatz der Pharmaindustrie**  
Index 2021 = 100, Monatswerte; Prognose ab März 2026



Quelle: Statistisches Bundesamt, MacroBond, vfa

Auch hier steht nicht der traditionelle Schutz vor ausländischer Konkurrenz im Vordergrund, sondern das Ziel, Produktion, Investitionen und Wertschöpfung systematisch in die USA zu verlagern. Vorgesehen sind Zölle auf patentgeschützte Medikamente, die im Extremfall bis zu 100 Prozent erreichen können, wobei für Produkte aus der EU ein Zollsatz von 15 Prozent gelten soll.

Zugleich ist das System bewusst so ausgestaltet, dass es Anpassungsanreize setzt: Unternehmen können ihre Zollbelastung durch Preissenkungen auf dem US-Markt oder durch den Aufbau von Produktionskapazitäten in den Vereinigten Staaten reduzieren oder ganz vermeiden. Die gestaffelte Einführung ab diesem Sommer mit Übergangsfristen erhöht den Druck zusätzlich und dürfte bereits im Vorfeld strategische Reaktionen auslösen. Damit geraten sowohl das global austarierte Preisgefüge unter Druck, als auch die international ausgerichteten Forschungsbudgets der Branche. Die Folgen der seit einem Jahr zunehmenden Handelshemmnisse zeigen sich bereits deutlich: Seit dem vergangenen Sommer sind die Geschäftserwartungen der Unternehmen spürbar eingebrochen (Abbildung 3, rechts unten).

Die **Inlandsumsätze** pharmazeutischer Güter waren im vergangenen Jahr auch im Zusammenhang mit den US-Handelshemmnissen überzeichnet<sup>12</sup>. Nach

einem kräftigen Start in das Jahr 2026 werden sie wohl in der Folge sinken (vgl. Abbildung 3, links oben). Dennoch ist aufgrund des starken Jahresauftakts im Jahresdurchschnitt ein höheres Niveau als im Vorjahr zu erwarten (Tabelle 4). Gerade hier würden sich in den kommenden Quartalen Einschnitte als Reaktion auf die Gesetzesvorhaben zeigen. Bei den **Auslandsumsätzen** hatten sich im vergangenen Jahr die vorgezogenen Lieferungen in die USA besonders deutlich niedergeschlagen. Auf derartige Vorzieheffekte folgt üblicherweise eine Produktionsflaute, da die bereits gelieferten Waren erst nach und nach auf den Markt gebracht werden. Die blieb jedoch zunächst aus, da die US-Politik die Unsicherheit über mögliche Zollsätze bewusst hochhielt – und mit erneuten Zolldrohungen im Herbst sogar neue Produktionsschübe auslöste.

Die seit Jahresbeginn verzeichneten Rückgänge bei den Auslandsumsätzen sind daher keine konjunkturelle Abschwächung, sondern stellen lediglich das Einsetzen einer Normalisierung dar, die in jahresdurchschnittlich niedrigen Umsätzen mit dem Ausland münden. Nach dem vorübergehenden Dämpfer dürften sie ab Sommer wieder auf einen Aufwärtstrend einschwenken, wenngleich dieser, durch die US-Handelshemmnisse gedämpft, nicht an das Tempo der zurückliegenden Jahre anknüpfen kann.

Besonders die **Produktion** wurde nach dem kräftigen Schub in den letzten Monaten des Jahres 2025 zuletzt deutlich zurückgefahren (vgl. Abbildung 3, rechts oben). Vorerst dürfte sie den Umsätzen hinterherhinken (Abbildung 4). Verstärkt wird dies durch die im Zuge des Iran-Konflikts eingetrübten Exportaussichten, wie sie auch in den ifo-Umfragen zum Ausdruck kommen.<sup>13</sup> Hintergrund dürften Befürchtungen über eingeschränkte Verfügbarkeit wichtiger (etwa petrochemischer) Vorleistungen wie Helium sein, gepaart mit spürbar steigenden Kosten, nicht zuletzt für die Luftfracht. Da diese Kostenschübe aufgrund der regulierten Preise nicht weitergegeben werden können, geraten die Margen unter Druck, was die Produktionsanreize zusätzlich dämpft. Insbesondere wenn sich die geopolitischen Spannungen im weiteren Verlauf (annahmegemäß) entspannen, wird die Produktion im Einklang mit den Umsätzen anziehen, nicht zuletzt vor dem

<sup>12</sup> Vgl. zu diesem Effekt Michelsen, C. und Junker, S. (2025). Herbstprognose: Erholung der deutschen Wirtschaft verspätet sich, MacroScope Pharma, Economic Policy Brief des vfa Nr. 10/25, [online verfügbar](#).

<sup>13</sup> Die ifo Exporterwartungen der Pharmaindustrie sind im April auf ein Rekordtief von – 40 Punkten eingebrochen. Zum Vergleich: Die Exporterwartungen der Industrie insgesamt liegen bei 0 Punkten.

Hintergrund der zuletzt bereits als zu niedrig eingestuften Lagerbestände (vgl. die MacroScope Facts-Box auf Seite 7).

Auch die **Auftragslage** stützt den unterm Strich bislang positiven Ausblick: Sie liegt zwar etwas unter den Rekordwerten des vergangenen Jahres, aber nach wie vor auf hohem Niveau (vgl. Abbildung 3, links unten). Insgesamt zeigen sich damit von den US-Handelshemmnissen und der damit einhergehenden Unsicherheit ausgelöste Schwankungen aus Vorzieheffekten und Lagerauf- und -abbau, während der zugrunde liegende Trend der Pharmaindustrie weiterhin leicht aufwärtsgerichtet bleibt. Für das laufende Jahr ergibt sich unterm Strich ein insgesamt geringeres Umsatz- und Produktionsniveau als 2025. Für das kommende Jahr sind Zuwächse zu erwarten, die bei der Produktion aufgrund des schwachen Jahresstarts 2026 rein rechnerisch höher ausfallen als bei den Umsätzen.

Die **Beschäftigung** in der deutschen Pharmaindustrie entwickelt sich weiterhin stabiler als in der übrigen Industrie und weist trotz der konjunkturellen Unsicherheiten weiterhin einen leichten Aufbau auf. Allerdings hat sich die Dynamik gegenüber den Vorjahren deutlich verlangsamt. Gleichzeitig setzen die Unternehmen verstärkt auf Automatisierung und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz, sowohl zur Effizienzsteigerung als auch zur Kompensation des anhaltenden Fachkräftemangels. Vor diesem Hintergrund dürfte die Beschäftigung in diesem und im kommenden Jahr nur noch moderat zulegen, mit einem Zuwachs von knapp 400 bzw. 700 Beschäftigten, dies entspricht prozentualen Zuwächsen um grob ein Viertel bzw. ein halbes Prozent. Damit entwickelt sich die Pharmabeschäftigung deutlich robuster als die Beschäftigung in der Gesamtwirtschaft. Zum Vergleich: Diese ist im vergangenen Jahr geringfügig zurückgegangen und dürfte dieses Jahr um 0,2 Prozent schrumpfen und erst im kommenden Jahr leicht (+ 0,1 Prozent) zunehmen – und deutlich besser als in der Industrie – diese verzeichnete im vergangenen Jahr ein Minus von über zwei Prozent (– 2,2 Prozent bzw. – 160 000 Beschäftigte) und seit dem Hoch Ende 2018 sind in der Industrie über eine halbe Million Arbeitsplätze abgebaut worden.

## Fazit: Zwischen Staatsimpuls und Standortchwäche

Die Hoffnung auf eine konjunkturelle Belebung in Deutschland speist sich derzeit vor allem aus den massiven staatlichen Ausgaben. Doch selbst ohne den empfindlichen Dämpfer durch den Iran-Krieg verharrt die deutsche Wirtschaft nahe der Stagnation, echte Aufschwungssignale fehlen. Die Industrie bleibt schwach, Exporte und private Investitionen kommen kaum voran. Zusätzliche Impulse entstehen im Wesentlichen nur dort, wo öffentliche Mittel direkt wirken – im Rüstungsbereich und bei vorgelagerten Zulieferern. Für breite Teile der Industrie gilt das nicht. Der Reformstau bleibt bestehen: Hohe Bürokratie-, Arbeits- und Energiekosten, eine schleppende Modernisierung des Standorts und ein zu schwaches Innovationstempo bremsen das Wachstum.

Gleichzeitig ist das außenwirtschaftliche Umfeld deutlich rauer geworden. US-Zölle, strategisch eingesetzte Unsicherheit und die gezielte Verlagerung von Wertschöpfung in die USA treffen den exportorientierten Standort Deutschland besonders hart. Für die Pharmaindustrie kommt hinzu, dass die US-Regierung nicht nur den Marktzugang beschränkt, sondern die Preise auf dem US-Markt drücken und Investitionen in die USA umlenken will. Parallel nimmt der Druck aus China zu: Staatlich gestützte Wettbewerber verdrängen deutsche Anbieter zunehmend auch in technologieintensiven Segmenten. Deutschland steht damit ausgerechnet in den innovationsstarken Bereichen unter Druck, die für künftiges Wachstum entscheidend sind.

Gerade deshalb braucht es jetzt eine klare wirtschaftspolitische Antwort: erstens eine europäisch abgestimmte Industrie- und Handelspolitik, die dem Druck aus den USA geschlossen begegnet und zugleich den Binnenmarkt vertieft, zweitens spürbar schnellere und verlässlichere Verfahren, weniger Bürokratie und bessere Bedingungen für Investitionen, Produktion und Skalierung und drittens eine echte Innovationsagenda mit stärkerer Forschungsförderung, besserem Zugang zu Wagniskapital und einem innovationsfreundlichen Regulierungsrahmen.

Anstatt den Standort, gerade für Schlüsselindustrien, zu stärken, fällt die Bundesregierung reflexartig in bereits überkommen geglaubte Denkmuster zurück: Der zur Finanzierung des Gesundheitssystems vorgelegte Gesetzesentwurf höhlt die nutzenbasierte Preisfindung aus, erhöht Planungsunsicherheit – und

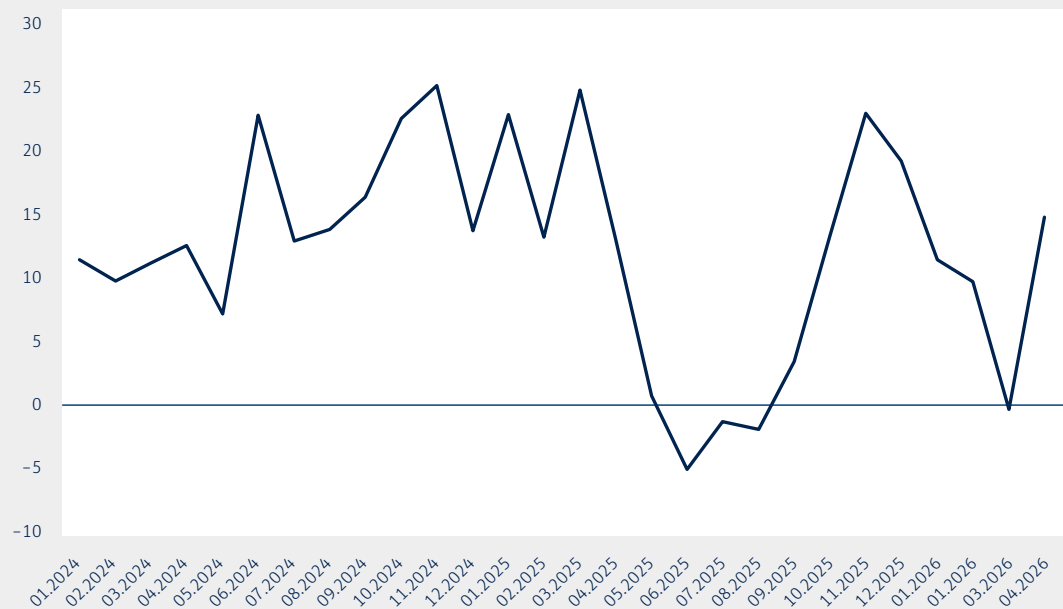
er entzieht Forschungsbudgets und verschlechtert den Zugang zu innovativen Arzneimitteln. Besonders kritisch sind der dynamische Herstellerabschlag, Rabattverträge für patentgeschützte Arzneimittel und zusätzliche Belastungen bei Impfstoffen. Sie würden Vertrauen, Forschung und Wertschöpfung am Standort schwächen, obwohl die Branche bereits heute ein zentraler Innovations-, Investitions- und Exportträger

ist. Politisch geboten wäre daher das Gegenteil: Planbarkeit stärken, klinische Forschung und Hightech-Produktion gezielt fördern und gemeinsam mit der EU eine robuste Antwort auf den US-Druck entwickeln. Eine starke europäische Pharmaindustrie ist Teil der wirtschaftlichen und strategischen Resilienz Deutschlands.

## MacroScope Facts

Das ifo-Institut befragt Unternehmen monatlich nach ihrer Einschätzung des Fertigwarenbestandes: Ist dieser zu hoch, angemessen oder zu niedrig? Im Fokus steht der Saldo: Dieser misst, wie weit die Anteile derjenigen auseinanderliegen, die ihre Lagerbestände als zu hoch bzw. zu niedrig ansehen. In der Pharmaindustrie liegt dieser Saldo im Mittel bei 5, was somit als normale Situation zu interpretieren ist. Anfang 2025 waren die Lager gut gefüllt; im Sommer schätzten die Unternehmen ihre Lager mehrheitlich als zu gering ein – wie auch im Frühjahr 2026 wieder.

### Ergebnisse der ifo-Umfrage zur Einschätzung des Fertigwarenlagers der Pharmaunternehmen Saldo in Prozentpunkten



Quelle: ifo, vfa

**Autoren**

Dr. Claus Michelsen  
Geschäftsführer Wirtschaftspolitik  
Telefon +49 30 20604-120  
c.michelsen@vfa.de

Dr. Simon Junker  
Senior Manager Konjunkturpolitik  
Telefon +49 30 20604-511  
s.junker@vfa.de

**Herausgeber**

Verband Forschender Arzneimittelhersteller e. V.  
Charlottenstraße 59  
10117 Berlin  
Telefon +49 30 20604-0  
info@vfa.de  
www.vfa.de

**Redaktion**

Pressestelle des vfa  
Pressekontakt: Henrik Jeimke-Karge  
Telefon +49 30 20604-205  
h.jeimke-karge@vfa.de  
ISSN: 2751-2924

Alle Rechte vorbehalten © 2026  
Verband forschender Arzneimittelhersteller (vfa)

Abdruck oder vergleichbare Verwendung von  
Arbeiten des vfa ist auch in Auszügen nur mit  
vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet